

Joachim Betz · Wolfgang Hein (Hrsg.)

Neues Jahrbuch Dritte Welt 2005

Joachim Betz · Wolfgang Hein (Hrsg.)

Neues Jahrbuch Dritte Welt 2005

Zivilgesellschaft



VS VERLAG FÜR SOZIALWISSENSCHAFTEN



Inhalt

<i>Joachim Betz</i> Zivilgesellschaft in Entwicklungsländern	7
<i>Wolfgang Hein</i> Zivilgesellschaft und globale Politik	27
<i>Sonja Bartsch und Lars Kohlmorgen</i> Nichtregierungsorganisationen als Akteure der Global Health Governance – Interaktion zwischen Kooperation und Konflikt	57
<i>Ulrich Brand und Christoph Görg</i> Kämpfe um Hegemonie in Zeiten neoimperialistischer Globalisierung: Das Beispiel der biologischen Vielfalt	88
<i>Holger Albrecht</i> Zivilgesellschaft und der Vordere Orient: Das Prinzip Hoffnung und die Grenzen eines sozialwissenschaftlichen Konzepts	118
<i>Martin Beck</i> Zivilgesellschaft in Palästina	144
<i>Siegmar Schmidt</i> Zivilgesellschaft in Südafrika nach dem Ende der Apartheid	157
<i>Christina Seyd</i> Die Zivilgesellschaft in Ghana – Anmerkungen zur Gestaltungs- und Politikfähigkeit der Ghana Bar Association (GBA)	170
<i>Aurel Croissant</i> Zivilgesellschaft in jungen Demokratien: Beispiele aus Ostasien	190
<i>Thomas Heberer und Nora Sausmikat</i> China und die Zivilgesellschaft	208

<i>Jagdeep S. Chokkar</i> Zivilgesellschaft in Indien: ein Überblick mit Beispielen	240
<i>Patricio Valdevieso</i> Zivilgesellschaftliche Organisationen, Strafjustiz und politische Bildung in Chile	255
<i>Gilberto Calcagnotto</i> Brasiliens zivilgesellschaftliche Organisationen und die Regierung Lula: Mitregieren oder Sprung ins politische Abseits?	275
<i>AutorInnen/Herausgeber</i>	294

Zivilgesellschaft und der Vordere Orient: Das Prinzip Hoffnung und die Grenzen eines sozialwissenschaftlichen Konzepts

Holger Albrecht

1 Einleitung¹

Kaum ein wissenschaftliches Rätsel hat die politikwissenschaftliche Debatte über den Vorderen Orient in den 1990er Jahren umfassender geprägt als die Suche nach zivilgesellschaftlichen Strukturen und Prozessen. Dieser Forschungsprozess ging mit der inhärenten Annahme einher, dass sich im Zuge der ‘Dritten Welle’ Demokratien im Nahen und Mittleren Osten herausbilden würden. Es ist gleichsam ein Forschungsstrang, in dem Politologen ein soziologisches Konzept zur Erklärung von gesellschaftlicher Partizipation mit der Annahme systemischer Transitionen in Verbindung brachten. Politologen formulierten damit den Anspruch, vermehrt gesellschaftliche Strukturen zu analysieren. Das ist gut und wichtig, zumal die Forschung über die arabischen Länder seit jeher dazu tendiert, vor dem Hintergrund der stabilen und repressiven autoritären Systeme den *Staat* und seine Funktionsweise in den Analysemittelpunkt zu rücken. Trotz mehrjähriger intensiver Forschung ist jedoch eine Auflösung dieses wissenschaftlichen Rätsels nicht annähernd erreicht. Antworten über die Existenz von Zivilgesellschaft im arabischen Raum oszillieren von einem euphorischen ‘Ja!’ über die Identifikation vermeintlicher Ansätze von Zivilgesellschaft oder der Wahrnehmung einer originär ‘arabischen’ Zivilgesellschaft bis hin zu einem resignierten ‘Nein!’.

Dieser Beitrag versucht, einige allgemeine Grundzüge des Zivilgesellschaftskonzepts darzustellen, und vermittelt einen knappen Überblick über die sozial- und politikwissenschaftlichen Arbeiten über die Zivilgesellschaft im Vorderen Orient. Außerdem werden Formen gesellschaftlicher Partizipation in der arabischen Welt aufgezeigt sowie alternative konzeptionelle Modelle zu deren Erklärung diskutiert. Sowohl der theoretische Rahmen des Zivilgesellschaftskonzepts als auch dessen Anwendung auf den Vorderen Orient werden hier kritisch hinterfragt. Zunächst einmal bleibt festzuhalten, dass wir für das Verständnis der

¹ Der Autor dankt André Bank, Peter Pawelka und Oliver Schlumberger für hilfreiche Hinweise und kritische Anmerkungen zu diesem Beitrag, bleibt jedoch allein für den Inhalt verantwortlich.

politischen Systeme im Vorderen Orient dringend mehr Analysen benötigen, die die Funktionsweise der arabischen Gesellschaften fokussieren. Brennende aktuelle Fragen, wie die nach den Strukturen und der Persistenz autoritärer Herrschaft, nach dem Verhältnis von Staat und Gesellschaft oder auch nach subsystemischen Wandlungsprozessen, sind andererseits kaum zu beantworten. Dieses Defizit vermochte die Zivilgesellschaftsdebatte jedoch nicht zu beseitigen. Ein kritischer Rückblick auf die Forschung über die Zivilgesellschaft im Vorderen Orient offenbart, dass die damit meist verbundenen Fragen nach deren Existenz oder nach der Existenz von Demokratisierungsprozessen die entscheidenden Fragen nach den tatsächlich wahrnehmbaren Formen gesellschaftlicher Partizipation in den arabischen Ländern ausklammern.

2 Die Zivilgesellschaft in der Politikwissenschaft

Der Begriff der Zivilgesellschaft bezeichnet sowohl ein historisch gewachsenes analytisches Konzept, als auch ein anhand soziopolitischer Strukturen beobachtbares Phänomen. Die historischen Wurzeln des Ansatzes gehen zurück auf die Arbeiten unterschiedlicher politischer Philosophen und Theoretiker, wie Thomas Hobbes, John Locke, David Hume, Karl Marx, Jean Jaques Rousseau und Alexis de Tocqueville. Zivilgesellschaft als Konzept erhält seine Bedeutung als ein Modell zur Beschreibung gesellschaftlicher Organisation; die modernen Sozialwissenschaften machen dieses Konzept jedoch vornehmlich für die Beschreibung sozialer Wirklichkeit nutzbar. Als eine Minimaldefinition gilt gemeinhin das Verständnis von Zivilgesellschaft als gesellschaftliche Sphäre zwischen Staat und Markt einerseits sowie zwischen Staat und Individuum andererseits. Somit lässt sich Zivilgesellschaft zum einen unterscheiden von einem *politischen Raum*, bestehend aus Parteien und politischen Institutionen (Wahlen, Parlamente), sowie von der *ökonomischen Sphäre*, bestehend aus wirtschaftlichen Institutionen (Kooperativen, Gewerkschaften, Arbeitnehmervereinigungen, Wirtschaftsrecht) und den ökonomischen Produktions- und Verteilungsabläufen (Cohen/Arato 1992: IX). Zugleich beinhaltet die zivilgesellschaftliche Sphäre die Organisation, die Aggregation und Artikulation von individuellen Interessen innerhalb eines Gemeinwesens, außerhalb formaler staatlicher Organisationen. Einen wichtigen Aspekt des Zivilgesellschaftsbegriffs stellt die Vorstellung von *freiwilliger* und *freier*, d. h. autonomer gesellschaftlicher Initiative und Organisation dar:

„The label of ‘Civil Society’ can be applied to all those social relationships which involve the voluntary association and participation of individuals acting in their private capacities. In a simple and perhaps even simplistic formula, civil society can be said to equal the milieu of private contractual relationships“ (Tester 1992: 8).

Ein entscheidendes Definitionsmerkmal für zivilgesellschaftliche Akteure ist also, dass deren Organisation und Interessenaggregation *autonom* von staatlichen Einflüssen verlaufen (White 1994: 379). Zudem benötigen sie ein gewisses Organisationspotenzial, um sich als zivilgesellschaftliche Akteure von rein individuellen Beziehungsmustern (z. B. in Klientel- und Lobbystrukturen) abzuheben. Aus einer funktionalistisch-strukturalistischen Perspektive kommen zivilgesellschaftlichen Akteuren bestimmte Funktionen zu, die zumindest z. T. erfüllt sein müssen. Croissant, Lauth und Merkel unterscheiden fünf Grundfunktionen: den Schutz von Individuen gegenüber staatlichen Eingriffen, die Vermittlung zwischen politischer und unpolitischer Sphäre, eine Sozialisationsfunktion, die Bildung sozialer Gemeinschaften und eine Kommunikationsfunktion (vgl. Croissant/Lauth/Merkel 2000: 11-14).

Während dies zunächst lediglich eine Minimaldefinition darstellt und damit einen relativ weiten Begriff der Zivilgesellschaft umreißt, bleibt dennoch festzuhalten, dass „as an analytical concept, civil society and the sectoral modes to which it is attached suffer from acute definitional fuzziness“ (Edwards/Foley 1998: 126). Der Begriff erhält, je nach Sichtweise und ideologischer Grundannahme, eine unterschiedliche Bedeutung (White 1994): Linke, Konservative, (Neo-)Liberale, Marxisten, Dependenzia-, Modernisierungs- und Revolutionstheoretiker eröffneten unterschiedliche Zugangsweisen und kreierten einen Pool von vielen ‘Zivilgesellschaften’. Problematisch erscheint ebenso die idealtypische Trennung der drei Sphären des Politischen, der Gesellschaft und des Marktes (Edwards/Foley 1998: 126; Chandhoke 2001). Im Kontext dieses Beitrags bleibt besonders festzuhalten, dass Zivilgesellschaft ein Konzept zur Erklärung sozialer Organisation ist, die – trotz der scheinbaren Trennung der gesellschaftlichen von einer politischen Sphäre – in hohem Maße *staatsabhängig* verläuft (Chandhoke 2001: 8 ff.): Der Staat kreiert die legalen und institutionellen Rahmenbedingungen für zivilgesellschaftliche Aktivitäten; er setzt die Spielregeln, entscheidet über Möglichkeiten und Grenzen, erlässt Regelungen und Gesetze, die über die Legalität oder Illegalität von sozialem Handeln Aufschluss geben (Walzer 1995: 23). Damit entscheidet in der Konsequenz der Staat, welche sozialen Gruppen, Organisationen und Individuen Teil der Zivilgesellschaft sind und welche davon ausgeschlossen werden. Dem Staat kommt daher eine Vetoposition in der Ausprägung der Zivilgesellschaft zu, die er wahrnehmen kann, solange ihm die notwendigen repressiven und kooptativen Mittel zur Verfügung stehen.

Dies hat weitreichende Implikationen für die Analyse von – oder besser die Suche nach – Zivilgesellschaft, die ganz entscheidend von den systemischen, politischen Rahmenbedingungen abhängig wird. So ist z. B. in einem liberaldemokratischen Kontext die Frage nach der Existenz von Zivilgesellschaft hinfällig, da eine Demokratie ohne Zivilgesellschaft nicht existieren kann (Walzer 1995: 24; Linz/Stepan 1996). Die übergreifende Funktion der Zivilgesellschaft in

diesem systemischen Kontext besteht in der organisierten, autonomen gesellschaftlichen Interessenartikulation und Partizipation an politischen Prozessen. Die Korrelation von sozialen und politischen Strukturen, wie sie in Demokratien vorherrscht, ist in autoritären Systemen augenscheinlich nicht gegeben. Gerade der Aspekt der Autonomie gesellschaftlicher Gruppen gegenüber dem Staat stellt die Existenz von Zivilgesellschaften in autoritären Systemen auf den ersten Blick in Frage, da hier die Regime im Sinne des politischen Machterhalts bemüht sein müssten, das Aufkommen autonomer gesellschaftlicher Kräfte zu verhindern. Grundsätzlich sei aber darauf verwiesen, dass autoritäre Regime – im Gegensatz zu totalitären Systemen – eine gesellschaftliche Durchdringung nur eingeschränkt zu realisieren in der Lage sind; andererseits ist ein Mindestmaß an Pluralismus gewährleistet, wenn auch im Vergleich zu liberalen Demokratien nur in eingeschränkter Form.

Eine enge Sichtweise auf Zivilgesellschaft, die traditionelle Strukturen gesellschaftlicher Organisation oder illegale, d. h. von politischen Regimen ausgeschlossene Gruppen und Bewegungen als zivilgesellschaftliche Akteure ausschließt, führt Zivilgesellschaft auf seine demokratischen Grundfunktionen zurück und verhindert damit ihre Anwendung auf traditionelle Gesellschaften in der Dritten Welt und auf autoritäre politische Rahmenbedingungen. Allein eine Minimaldefinition von Zivilgesellschaft, die nicht allein auf deren demokratische Funktionen der Interessenbildung und Partizipation verweist, vermag deren Anwendbarkeit für autoritäre Systeme zu gewährleisten. Gemäß eines relativ weiten Begriffs von Zivilgesellschaft wären nicht nur moderne Interessengruppen, sondern auch traditionelle, auf ethnischen, kulturellen, religiösen oder regionalen Verbindungen beruhende Organisationen als Teile von Zivilgesellschaft zu berücksichtigen. Als Akteure könnten dann formale Institutionen sowie auch informelle Gruppierungen, legale Organisationen oder illegale Bewegungen gefasst werden (White 1994: 379 f.). Aus dieser Sichtweise erhält die Zivilgesellschaft keinen rein systemkonstituierenden (wie in Demokratien), sondern auch und gerade einen potenziell oppositionellen – und hier antisystemischen – Charakter. Darüber hinaus wurde darauf hingewiesen, dass Zivilgesellschaften nicht automatisch demokratiefördernde Wirkungen entfalten:

„Manche zivilgesellschaftlichen Gruppen (...) sind häufig nicht partizipativ, basieren nicht auf den Normen der Gleichheit und Gleichberechtigung der Mitglieder, sind nicht auf deliberative Diskurse ausgerichtet und weisen oftmals hochgradig selektive Mitgliedschaftskriterien auf. Hierarchische oder gar autoritäre Strukturen (...) sind etwa in autoritären Regimen eher die Regel als die Ausnahme für zivilgesellschaftliche Organisationen“ (Croissant/Lauth/Merkel 2000: 20).

In der aktuellen politikwissenschaftlichen Debatte rückt der Zivilgesellschaftsbegriff v. a. im Zusammenhang mit der politischen Transformationsforschung in

den Vordergrund: Zivilgesellschaft wird hier als oppositionelle Kraft gesehen, die zum Zusammenbruch autoritärer Systeme beitragen kann. Dieser Sichtweise liegt die Annahme zu Grunde, dass eine Gesellschaft unter autoritären Rahmenbedingungen eben nicht passives Objekt der Politik autoritärer Eliten ist und – im Falle von Demokratisierungsprozessen – gleichsam zufällig von einem ‘unzivilen’ Zustand in einen ‘zivilen’ verwandelt wird. Stattdessen werden auch unter autoritären Rahmenbedingungen Anlagen und Wurzeln einer Zivilgesellschaft ausgemacht, die unter bestimmten Voraussetzungen zum Vorschein treten und einen Demokratisierungsprozess herbeiführen oder zumindest befördern können.

Zivilgesellschaft als transformatorische Kraft kann nur in relativ liberalen autoritären Systemen aufblühen, d. h. in solchen Staaten, die – trotz der Beibehaltung zentraler repressiver Politiken – ihren Gesellschaften gewisse Freiräume in Form von bürgerlichen Rechten und Freiheiten einräumt. Ausgeweitet werden diese Freiräume in Phasen politischer Liberalisierung, zu der autoritäre Staaten meist in Krisenzeiten gezwungen sind – nämlich dann, wenn sich durch veränderte ökonomische oder außenpolitische Rahmenbedingungen die Legitimationsbasis der Regime verringert. Dies bedeutet den Startschuss für den ‘Wiederaufbau der Zivilgesellschaft’ und – so die Transformationstheorie – die erste Phase eines Demokratisierungsprozesses (vgl. O’Donnell/Schmitter 1986: 48-56). In die sich bietenden Freiräume, so die Annahme, stoßen gesellschaftliche Organisationen, wie z. B. Selbsthilfegruppen, Berufsvereinigungen und Nichtregierungsorganisationen (NRO), die eine politische (Menschenrechte, Gleichstellung von Frauen, Eintreten für Minderheiten, Forderung nach mehr gesellschaftlicher Partizipation), aber auch eine unpolitische Agenda (Ökologie, Sport, Vertretung lokaler und regionaler Interessen etc.) haben können. Diese Organisationen profitieren in ihren Aktivitäten von einer hinreichend ausgebildeten Presse-, Rede- und Versammlungsfreiheit, die höchstens dann eingeschränkt wird, wenn sie zentrale Interessen der autoritären Eliten gefährdet. Es wird weiterhin angenommen, dass Zivilgesellschaften in autoritären Systemen v. a. dann ihre transformatorische Kraft entfalten, wenn sie Unterstützung von außen erhalten:

„Civil Society also challenges state power, most importantly when associations have resources or supporters abroad: world religions, pan-national movements, the new environmental groups, multinational corporations“ (Walzer 1995: 23).

Diese Annahme bietet die Grundlage dafür, dass seit 1990 eine externe Förderung von Zivilgesellschaften in autoritären Systemen im Hinblick auf die Demokratieförderung einen überragenden Stellenwert in der internationalen Entwicklungszusammenarbeit erhielt.

Anhand der erfolgreichen Demokratisierungsprozesse in Lateinamerika und Mittel- und Osteuropa konnte nachgewiesen werden, dass es den autoritären Eliten dort nicht gelungen ist, die Entstehung einer autonomen gesellschaftlichen

Sphäre zu verhindern. Die Transformationstheorie geht davon aus, dass das dadurch entstandene gesellschaftliche Oppositionspotenzial – organisiert in Gewerkschaften, kirchlichen Vereinigungen und Menschenrechtsgruppen – entscheidend zum Sturz so unterschiedlicher Regime wie in Polen, Ungarn, Chile, Argentinien und der ehemaligen DDR beigetragen hat. Über die Tatsache selbst scheint jeder Zweifel ausgeschlossen; dabei bleibt jedoch im Dunkeln, *wie* und *unter welchen Bedingungen* die Zivilgesellschaft ihr Potenzial zu entwickeln vermag. So haben Croissant, Lauth und Merkel darauf hingewiesen, dass die Zivilgesellschaft als demokratieförderndes soziales Element ihre zentrale Bedeutung v. a. in der *Konsolidierungsphase* von Demokratisierungsprozessen erhält (vgl. Croissant/Lauth/Merkel 2000: 16). Dies setzt jedoch voraus, dass autoritäre Systeme zuvor einen fundamentalen Wandlungsprozess erfahren haben, der zumindest nicht allein durch zivilgesellschaftliche Strukturen ausgelöst worden sein kann. Ohne dass dies in der theoriegeleiteten Transformationsforschung und in empirischen Analysen ausreichend Berücksichtigung fand, lässt sich dennoch annehmen, dass Zivilgesellschaften lediglich in schwachen und instabilen autoritären Staaten ihre transformatorische Kraft entfalten, d. h. wenn repressive und kooperative Mechanismen limitiert oder aufgehoben sind. Daraus ergibt sich, dass eine sozialwissenschaftliche Forschung, die die Existenz und die Wirkungskraft von Zivilgesellschaften im Fokus hat, auch und gerade bei der Analyse autoritärer Regime und deren System erhaltenden Kapazitäten beginnen sollte.

3 Die Debatte über die Zivilgesellschaft in der arabischen Welt

Spätestens seit der Dritten Welle der demokratischen Transformationsprozesse in Osteuropa und Lateinamerika, die einen Sieg der Zivilgesellschaft über autoritäre und totalitäre Regime zu manifestieren schien, hatte das Konzept der Zivilgesellschaft in der Vergleichenden Politikwissenschaft Hochkonjunktur. Es dauerte auch nicht lange, bis Sozial- und Politikwissenschaftler die arabische Welt als Region identifizierten, in der sich die Suche nach zivilgesellschaftlichen Strukturen zu lohnen schien. Zwar hielten sich in dieser Region ausnahmslos autoritäre Regime an der Macht, doch gerade in einigen Kernländern wurden Prozesse ausgemacht, die offenbar die Voraussetzungen für ein Aufblühen von Zivilgesellschaften erfüllten: Meist ärmere, nur in geringem Umfang durch Ölreichtum gesegnete Staaten erfuhren Ende der 1980er Jahre gefährliche Wirtschaftskrisen, die die politische Legitimation der autoritären Regime zu unterminieren drohten. Gleichzeitig wurden Prozesse der politischen Liberalisierung beobachtet, die – so die Grundannahme – neue Freiräume für zivilgesellschaftliche Aktivitäten erbringen könnten. So entstand eine Forschungsdebatte, in deren Fokus v. a. die im regionalen Vergleich relativ liberalen autoritären Systeme standen, wie z. B.

Ägypten, Jordanien, Marokko, Tunesien – aber auch Länder mit einer ausgesprochenen traditionellen Gesellschaftsstruktur, wie der Jemen, Bahrain als Golfstaat mit geringen Ölvorkommen und die Palästinensischen Autonomiegebiete mit ihren pseudostaatlichen Rahmenbedingungen.

Gibt es eine arabische Zivilgesellschaft? Dies ist die Ausgangsfrage, die den meisten Analysen über den Vorderen Orient zu Grunde liegt. Als ein erstes Warnsignal dafür, welch heißes Eisen der Vordere Orient offensichtlich im Hinblick auf die Suche nach zivilgesellschaftlichen Strukturen darstellt, kann gelten, dass in konzeptionellen und regionenübergreifenden Arbeiten die arabischen Länder kaum Berücksichtigung finden. Einige Sozialwissenschaftler lehnen die Existenz zivilgesellschaftlicher Strukturen in Gesellschaften, wie sie in der arabischen Welt vorherrschen, rundweg ab. Dabei verweisen sie darauf, dass nicht nur politische, sondern auch soziale Beziehungsmuster hierarchisch aufgebaut sind und auf patrimonial-klientelistischen, religiösen und tribalen Formen der sozialen Organisation beruhen:

„If religious authorities establish theocratic rule; if ethnic or religious groups hold sway and deny civil and political rights to members of other groups; if government is captured by (or is itself) a dominant economic interest; if the common good is conflated with, and understood to be conflated with, particularist goods, government ceases to sustain civil society“ (Post/Rosenblum 2002: 11).

Mit dem Hinweis darauf, dass soziale Beziehungsmuster, die auf partikularistischen Interessen und exklusiver Mitgliedschaft beruhen, nicht zur Zivilgesellschaft zu rechnen sind, präferieren sie zumindest implizit einen engen Zivilgesellschaftsbegriff, der für traditionelle und primordiale Gesellschaftsmodelle keine Anwendung finden kann.

3.1 Gibt es eine arabische Zivilgesellschaft?

Als einer der ersten Sozialwissenschaftler, die eine Anwendung des Ansatzes der Zivilgesellschaft für die arabische Welt kritisch hinterfragten und den Diskurs über die Zivilgesellschaft in den arabischen Ländern selbst diskutierten, wies der ägyptische Politologe Mustapha Al-Sayyid darauf hin, dass „one should not blame Arab intellectuals for this lack of agreement on a commonly accepted definition of the concept“ (Al-Sayyid 1995: 135). Statt einer paradigmatischen Abbildung des Konzepts und der Klärung der Frage, ob in arabischen Ländern Zivilgesellschaften existieren, strich er – ähnlich wie Augustus Norton (vgl. Norton 1995b) – dessen grundlegende Gebrauchsfähigkeit für die Analyse von Strukturen und Prozessen in der Sphäre zwischen Staat und Gesellschaft heraus. Darüber hinaus identifizierte er fünf Aspekte als analytischen Rahmen für die Suche nach

Zivilgesellschaften: ein zunehmendes gesellschaftliches Bewusstsein der Zugehörigkeit zu sozialen Klassen, die staatliche Akzeptanz der Autonomie gesellschaftlicher Akteure, gesellschaftliche Organisation entlang von gemeinsamen Interessen und nicht entlang primordialer Konstellationen sowie die staatliche Akzeptanz von Meinungsfreiheit. Zudem sei anzumerken, dass zivilgesellschaftliche Akteure nicht automatisch gleichen Zugang zu Ressourcen haben (Al-Sayyid 1995: 136).

Als zivilgesellschaftliche Akteure werden in der arabischen Debatte v. a. formale Organisationen wahrgenommen: politische Parteien, Berufs- und Wirtschaftsvereinigungen, Gewerkschaften und private Klubs. Die 1990er Jahre waren in dieser Hinsicht durch eine Hochphase der Institutionenbildung geprägt. Während die Frage, ob diese Dekade ein Jahrzehnt der Liberalisierung ist, umstritten bleibt, so ist doch festzustellen, dass in vielen arabischen Ländern eine Vielzahl an Organisationen aufkamen, die zumindest nach formalen Kriterien als zivilgesellschaftliche Akteure gelten können: Zuvorderst sind hier die NRO zu nennen, die sich in Ägypten, Jordanien, den nordafrikanischen Ländern und im Jemen zu Tausenden konstituierten. In Jordanien und Marokko spielen spätestens seit den Regimewechseln formale und informelle Vereinigungen von privaten Wirtschaftseliten eine immer zentralere Rolle. Ähnliches gilt für Tunesien, das als Erfolgsstory liberaler Wirtschaftsreformen gilt, aber auch für die kleinen Golfstaaten Kuwait, Bahrain, Qatar und die Vereinigten Arabischen Emirate. Während Berufsvereinigungen, private Unternehmer und Wirtschaftsbesitzer in den 1990er Jahren in Folge von neoliberalen Wirtschaftsreformen gesellschaftlich und politisch über die gesamte Region hinweg enorm an Einfluss gewannen, so ist gleichzeitig zu beobachten, dass Arbeitervereinigungen und Gewerkschaften – also eine wichtige Komponente in westlichen Zivilgesellschaften – immer stärker marginalisiert wurden (Al-Sayyid 1995: 139).

Kein Konsens innerhalb der arabischen Welt und unter westlichen Beobachtern besteht über die Frage, ob informelle Gruppen, d. h. solche, die nicht staatlich anerkannt und formal registriert sind, zur Zivilgesellschaft zu zählen sind. Zu nennen sind hier v. a. Gruppierungen mit einer religiösen Ausrichtung, wie z. B. islamische Stiftungen (*Awqaf*) (Al-Sayyid 1995: 137). Umstritten ist außerdem, ob die zahlreichen religiösen, sozialen und karitativen Vereinigungen sowie islamistische Bewegungen, wie z. B. die *Sufi*-Orden in Ägypten oder die radikaleren *Salafiya*-Bewegungen in verschiedenen arabischen Staaten als Teile einer Zivilgesellschaft zu zählen sind. Sicherlich erfüllen diese islamischen Institutionen, Bewegungen und Gruppierungen eine Minimaldefinition, die für zivilgesellschaftliche Akteure Geltung hat. Jedoch vermittelt ihre religiös-ideologische Basis einen Wertekonsens, der den impliziten Werten und Normen, die mit der Zivilgesellschaft in Verbindung gebracht werden, wie Pluralismus und Toleranz gegenüber Andersdenkenden, fundamental entgegensteht (Krämer 1992: 124).

Dagegen weisen Sullivan und Abed-Kotob auf die multiple Ausprägung der moderaten islamistischen Strömung in Ägypten hin und verorten islamische NRO und soziale Einrichtungen als einen Bestandteil der Zivilgesellschaft (vgl. Sullivan/Abed-Kotob 1999: 19-39). Ähnlich argumentiert Norton:

„The Islamists are (...) one component in an array of organizations that populate civil societies in the Middle East“ (Norton 1993: 209).

Noch problematischer für die Zivilgesellschaftsdebatte erscheint die Verortung der großen islamistischen Sozialbewegungen, wie z. B. der algerischen Front Islamique du Salut (FIS), der tunesischen an-Nahda oder der Bewegung der Muslimbruderschaft, die v. a. in Ägypten, aber auch in einigen anderen Ländern der Region breiten gesellschaftlichen Zulauf erhielten. Diese spielen – oder spielten – in den jeweiligen Ländern als größte Oppositionsbewegung nicht nur eine gesellschaftliche, sondern auch eine wichtige politische Rolle: Als autonome gesellschaftliche Bewegungen stellen sie seit den 1980er Jahren die bei weitem größte Gefahr für die autoritären Regime in der arabischen Welt dar, wie das algerische Beispiel augenscheinlich belegt. Sie propagieren einen fundamentalen Wandel durch die Forderung, die *Shari'a* als Grundlage für Politik, Gesellschaft und Rechtsprechung zu etablieren. Von den meisten Sozialwissenschaftlern und von der westlichen Öffentlichkeit werden diese Bewegungen nicht als Teil einer Zivilgesellschaft, ja oft als größte Gefahr für einen demokratischen Wandel in der Region wahrgenommen. Dies liegt zum einen an deren egalitären religiösen Diskursen, aber auch an der Tatsache, dass die autoritären Regime in der arabischen Welt, die sich durch deren gesellschaftlichen Rückhalt bedroht fühlen, diese Bewegungen nicht erst seit dem 11.09.2001 als Terrorgruppen kriminalisieren, um so ihre repressiven Politiken zumindest vor dem westlichen Ausland zu legitimieren.

Die Frage, ob islamische Organisationen und islamistische Bewegungen Bestandteil von Zivilgesellschaft sein können, spiegelt eine größere Debatte über die Frage der 'Kompatibilität' von Islam und Demokratie wider (vgl. u. a. Ehteshami 2004). Auch hier wurde viel diskutiert und geschrieben; ein Konsens jedoch wurde v. a. auf Grund der Tatsache, dass in der arabischen Welt keine demokratischen Systeme existieren und eine Demokratietauglichkeit islamistischer Bewegungen damit empirisch nicht überprüft werden kann, noch nicht erreicht. Seit wenigen Jahren ist zumindest zu beobachten, dass die Zusammenhänge von Zivilgesellschaft, Demokratie und Islam verstärkt innerhalb moderater und auch militanter islamistischer Strömungen durchaus kontrovers diskutiert werden.

Sind traditionelle Gesellschaften in der Lage, zivilgesellschaftliche Strukturen auszubilden? Abgesehen von gesellschaftlichen Gruppen und Bewegungen mit einer religiösen Basis sind es – ganz allgemein – die primordialen Strukturen gesellschaftlicher Formation, die im Fokus einer konzeptionellen Debatte über

die Zivilgesellschaft im Vorderen Orient stehen. Oliver Schlumberger hat darauf hingewiesen, dass in den arabischen Gesellschaften informelle Netzwerke, familiäre oder tribale Verbindungen und patrimonial-klientelistische Loyalitäten gegenüber rein interessengeleiteter gesellschaftlicher Organisation überwiegen, was die Entwicklung einer Zivilgesellschaft – zumindest nach westlichem Vorbild – verhindert (Schlumberger 2000: 113-118). Eine Klärung dieser Frage muss jedoch ausbleiben, da nicht einmal in der konzeptionellen Literatur über den Zivilgesellschaftsansatz ein Konsens auszumachen ist. Wie im Folgenden noch ausgeführt werden wird, sind es aber gerade diese vorhandenen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, die in der Zivilgesellschaftsdebatte nicht ausreichend Berücksichtigung finden.

3.2 Einzelfallstudien

Wie im oberen Abschnitt deutlich gemacht wurde, gibt es in der Zivilgesellschaftsdebatte über den arabischen Vorderen Orient in einigen entscheidenden Fragen keinen sozialwissenschaftlichen Konsens. Allerdings erschien vielen Sozialwissenschaftlern das Konzept offenbar als zu verführerisch, um es allzu kritisch zu hinterfragen:

„There is no disguising the western origin of the civil society concept, but the lineage of the concept is largely irrelevant. The idea of civil society is potent and analytically insofar as it exposes an important array of research questions“ (Norton 1995b: 10).

Trotz dieser konzeptionellen Unklarheit entstand also eine ganze Fülle empirischer Studien, die das Konzept auf einzelne Länder oder auf die Analyse einzelner Institutionen anzuwenden versuchten und von denen hier nur einige wenige genannt werden können. Verwiesen sei zunächst auf die beiden von Augustus Norton 1995 herausgegebenen Bänden, in denen die Autoren so unterschiedliche Länder wie Tunesien, Jordanien, Kuwait, Syrien, die Palästinensischen Gebiete, Ägypten, Algerien, Iran, Sudan und den Jemen untersuchen (vgl. Norton 1995a). Die Tatsache, dass nicht nur die relativ liberalen politischen Regime der Region, sondern so illiberale autoritäre Regime wie Syrien und Tunesien, Regime mit einer stark religiösen Prägung (Iran, Sudan), das Bürgerkriegsland Algerien sowie der Protostaat Palästina Gegenstandsbereich der Zivilgesellschaftsdebatte sind, verweist auf den universellen Anspruch, der dem Konzept von den Autoren unterstellt wird.

Ganz besonders im Fokus der Zivilgesellschaftsdebatte war und ist jedoch Ägypten. Mit seinem seit Ende der 1970er Jahre etablierten Mehrparteiensystem, den seit den 1960er Jahren bestehenden Genossenschaften und Berufsvereini-

gungen, dem relativ unabhängigen Gerichtswesen sowie den heute – je nach Schätzung – 15.000 bis 20.000 NRO scheint das Land perfekte Bedingungen für die Zivilgesellschaft zu erfüllen. Glaubt man den frühen Arbeiten von Moheb Zaki (1995), Ferhad Ibrahim (1995) und Saad Eddin Ibrahim (1995), so ist die Etablierung von Zivilgesellschaft und Demokratie lediglich eine Frage der Zeit. Widerstände innerhalb des autoritären Staates und militante islamische Strömungen gelten als lästige aber keinesfalls unüberwindliche Hindernisse. Als Kontrapunkt hierzu kann der Beitrag von Maha Abdel Rahman gelten, der zwar ganz ähnliche sozialwissenschaftliche Fragen untersucht, jedoch zu unterschiedlichen Ergebnissen kommt und für Ägypten eine „uncivil society“ identifiziert (Abdel Rahman 2002). Viele Länderstudien, die sich mit der Frage der Zivilgesellschaft auseinandersetzen, fokussieren ihre Analysen auf formale Institutionen und Organisationen, v. a. gesellschaftliche Selbsthilfegruppen und NRO. So identifiziert Sonja Hegasy NRO als institutionalisierte Ausprägung einer „soziokulturellen Opposition“ in Marokko, die die Basis für die Entstehung einer Zivilgesellschaft bilde (siehe Hegasy 1997). Ihre Analyse ist beispielhaft für die Konzentration auf NRO mit einer ausgeprägt politischen Agenda; im Fokus stehen meist solche NRO, die für eine Einhaltung der Menschen- und Freiheitsrechte oder auch für die Gleichstellung von Mann und Frau eintreten.

Zumindest bis Ende der 1990er Jahre wurden die meisten Länderstudien aus der Zivilgesellschaftsdebatte durch die Erwartung – und Hoffnung – inspiriert, dass sich in arabischen Ländern, die in bestimmten Phasen ihrer neueren Geschichte Prozesse politischer Liberalisierung durchlaufen haben, demokratische Transformationsprozesse abspielen würden. Dies gilt v. a. für Ägypten (Zaki 1995; S. E. Ibrahim 1995), Marokko (Hegasy 1997), Jemen (Glosemeyer 1995) oder Jordanien (Dieterich 1999). Seit Ende des Jahrzehnts machte sich jedoch zunehmend Enttäuschung über die Tatsache breit, dass in keinem arabischen Land – mit Ausnahme des gestoppten Demokratisierungsprozesses in Algerien 1991 – solche Prozesse empirisch nachweisbar waren. Somit verlagerte sich die Debatte auf die Suche nach politischen Rahmenbedingungen, die ein Aufblühen der Zivilgesellschaft und damit – so die Annahme – Demokratisierungsprozesse behindern (Rahman 2002; Wiktorowicz 2000). Eine Ausnahme in der internationalen Debatte über die Zivilgesellschaft in der arabischen Welt bildet Sheila Carapicos Buch (Carapico 1998). Hier steht nicht die Frage nach möglichen Demokratisierungsprozessen im Vordergrund. Statt dessen identifiziert Carapico drei Hochphasen zivilgesellschaftlicher Aktivitäten in der neueren Geschichte des Jemen unabhängig von erhofften bzw. tatsächlich wahrnehmbaren Ergebnissen dieser Prozesse. Demnach könne sozialer Aktivismus zu sozialrevolutionären Bewegungen (in Aden, 1960er Jahre), zur Etablierung ökonomischer Selbsthilfstrukturen (im Nordjemen der 1970er Jahre) oder auch zu reversiblen Phasen politischer Liberalisierung (im vereinigten Nordjemen, 1990-1995) führen.

3.3 Das Konzept: ein Siegeszug in die analytische Sackgasse

Neben allgemeinen Beiträgen, die das Konzept der Zivilgesellschaft für den Vorderen Orient greifbar zu machen versuchen, und Länderstudien, in denen das Konzept explizit angewandt wurde, ist seit den frühen 1990er Jahren die Tendenz in sozialwissenschaftlichen Beiträgen zu beobachten, dass das Diktum der Zivilgesellschaft implizit und ohne Klärung seines konzeptionellen Gehalts verwendet wird. Das Jahr 1990 markierte damit einen Wendepunkt für die Verwendung zentraler Begriffe: Während vor 1990 der Begriff *Gesellschaft* genügte, um die Sphäre außerhalb von Staat und Markt zu kennzeichnen, wurde er danach oft einfach durch *Zivilgesellschaft* ersetzt. Als Beispiel kann das Lehrbuch von Tareq Ismael (Ismael 2001) gelten, in dem eine Entwicklung von Zivilgesellschaft im arabischen Raum seit der Herrschaft der Abbasiden (8. Jh. n. Chr.) beschrieben wird. Hier wird die Zivilgesellschaft als alleiniger Gegenpol zum Staat wahrgenommen, doch – wie oben erwähnt – ohne eine Würdigung des konzeptionellen Gehalts des Zivilgesellschaftsbegriffs.

Ein Konzept macht Karriere. Dies wird auch dadurch deutlich, dass die Erwartungshaltung an die Existenz von Zivilgesellschaft im Vorderen Orient mit Annahmen und Forschungsdesigns aus einer weiteren aktuellen Modeerscheinung in der Vergleichenden Politikwissenschaft korreliert: mit der Transformationsforschung. Das vermeintliche Erstarken einer Zivilgesellschaft in der arabischen Welt, so die Annahme, führt dazu, dass auch der Vordere Orient von der Dritten Welle der Demokratisierung erfasst werde. Die 1990er Jahre zeichnen sich dadurch aus, dass zwar keine demokratischen Transitionen nachgewiesen werden konnten, jedoch eine entsprechende Erwartungshaltung ungebrochen erscheint. Jedenfalls erhielt die Frage nach der Zivilgesellschaft in der arabischen Welt in der Demokratisierungs(-hoffnungs-)Literatur höchste Prominenz (vgl. S. E. Ibrahim 1995). Die Literatur zeichnet sich durch normative Erwartungen in zweierlei Hinsicht aus: erstens an die Existenz von Zivilgesellschaft in der arabischen Welt und zweitens an deren Wirkungskraft als Motor für demokratische Transitionen. Dies ist aus analytischer Sicht problematisch, denn

„(...) we cannot allow our political passions and normative concerns to obfuscate our understanding of this sphere, for that may lead us into tediously repetitive dead ends“ (Chandhoke 2001: 5).

Ganz offensichtlich können sich viele Anhänger dieses Analysekonzepts seiner normativen Attraktivität nicht entziehen: Viele Untersuchungen im Zusammenhang der Debatten über die Zivilgesellschaft und Demokratisierung hinterfragen, was sein *sollte* und nicht was tatsächlich beobachtbar ist.

Diese teleologischen und normativen Grundannahmen lassen viele Arbeiten analytisch fragwürdig erscheinen und führen oft zu einer eingeschränkten Wahr-

nehmung gesellschaftlicher Prozesse und Akteure. Nur dadurch ist zu erklären, dass die Forschung über angebliche Demokratisierungsprozesse diejenige über die Persistenz autoritärer Herrschaft (und deren Ursachen) in den 1990er Jahren weit in den Schatten stellte. Ähnliches gilt für NRO und den demokratischen Prozess, für Reformdiskurse und Liberalisierungsprozesse. Dies sind prominente Themen in der Literatur über die arabische Welt, während das Phänomen islamistischer Sozialbewegungen oder die informellen Strukturen gesellschaftlicher Organisation weit weniger Beachtung fanden und erst in den vergangenen Jahren an Bedeutung gewannen.

Kaum Berücksichtigung in der Debatte über die Zivilgesellschaft in der arabischen Welt ist ein Aspekt, der für die Idee und das Konzept der Zivilgesellschaft einen überragenden Stellenwert hat: die Frage nach der *Autonomie* gesellschaftlicher Gruppen. Während die meisten empirischen Untersuchungen insbesondere auch die autoritären Mechanismen der Kontrolle oder Unterdrückung von gesellschaftlichen Aktivitäten und Partizipation aufzeigen, so findet dies zumeist keinerlei Berücksichtigung in der Bewertung der Frage, ob entsprechende Akteure überhaupt zur Zivilgesellschaft zu rechnen sind. Es gibt in der konzeptionellen Literatur über die Zivilgesellschaft nur wenige Aspekte, über die ein Konsens hergestellt werden konnte. Dazu gehört aber sicherlich die Vorstellung, dass gesellschaftliche Organisation *frei, freiwillig* und damit eben *autonom* von staatlicher Beeinflussung vonstatten gehen muss, um von einer Zivilgesellschaft sprechen zu können. Eine Diskussion über die systemischen Rahmenbedingungen, in denen sich Zivilgesellschaft überhaupt erst entwickeln *kann* – nämlich entweder in schwachen autoritären Systemen oder in späten Phasen von demokratischen Transformationsprozessen (vgl. Croissant/Lauth/Merkel 2000) – ist in der regionalspezifischen Forschung nicht geleistet worden. In einigen empirischen Analysen erscheint weiterhin problematisch, dass die Grenzen von Zivilgesellschaft – als dritter Sphäre außerhalb des politischen und ökonomischen Raums – nicht immer klar erkennbar sind. Dies wird v. a. deutlich bei der Untersuchung verschiedener Akteure, die zur Zivilgesellschaft gerechnet werden: In Analysen, die eine Zivilgesellschaft als politische Opposition gegenüber autoritären Eliten verstehen, werden politische Parteien oft implizit oder explizit als Bestandteil der Zivilgesellschaft gesehen und nicht als Institutionen innerhalb des politischen Raums. Weiterhin ist zumindest umstritten, ob private Unternehmer und die Organisationen, in denen sie sich formieren (Berufsverbände, Lobbygruppen), als Akteure im gesellschaftlichen Raum oder doch in der ökonomischen Sphäre anzusiedeln sind.

Generell verschwimmen in vielen Analysen die Grenzen zwischen unterschiedlichen Gebrauchsweisen des Begriffs der Zivilgesellschaft: Zivilgesellschaft wird sowohl wahrgenommen als *analytisches Konzept* als auch als *Akteur* in politischen Systemen und als normatives *Ziel* von vermeintlich beobachtbaren

Wandlungsprozessen. Neben den unterschiedlichen, aber oft im selben Atemzug verwendeten Gebrauchsweisen des Zivilgesellschaftsbegriffs gibt es in der Literatur zudem definitorische Unklarheiten: Während aus einer *akteursbezogenen Perspektive* oft ein weiter Begriff von Zivilgesellschaft vorliegt (durch den Einbezug traditioneller Gesellschaften und islamistischer Akteure), hat sich aus einer *funktionalistischen Perspektive* gleichzeitig eine eng gefasste Definition von Zivilgesellschaft (als soziale Grundlage für Demokratisierungsprozesse) etabliert. Diese definitorische Unklarheit ist nicht den empirischen Arbeiten über den Vorderen Orient geschuldet, sondern liegt an der in der konzeptionellen Literatur fehlenden Übereinkunft darüber, was Zivilgesellschaft umfassen soll. Gordon White wies darauf hin, dass Zivilgesellschaft als ein theoretisches Konzept

„(...) is often used loosely to mean either society as opposed to the state or, more precisely, as an intermediate sphere of social organization or association between the basic units of society (...) and the state“ (White 1994: 377).

In der Literatur lassen sich also unterschiedliche Zugangsweisen zum Zivilgesellschaftsbegriff konstatieren: von einer Minimaldefinition der Zivilgesellschaft als soziale Sphäre zwischen Staat und Markt bis zu einer engeren Sichtweise auf die Funktion der Zivilgesellschaft in ganz bestimmten Wandlungsprozessen; von einer Sichtweise auf Zivilgesellschaft als politischer Opposition gegenüber autoritären Regimen bis hin zur Zivilgesellschaft als Raum für das Aufkommen von Sozialbewegungen. Eine Anwendung des Konzepts ist für die arabische Welt höchst problematisch: Während ein eng gefasster Zivilgesellschaftsbegriff dadurch an Erklärungskraft einbüßt, dass es in der arabischen Welt keine Demokratisierungsprozesse gibt, muss bei einer Minimaldefinition – z. B. nach dem Verständnis von Carapico (1998) – der Vorwurf des „conceptual stretching“ (Sartori 1991) gemacht werden. Zwischen Staat und Markt befindet sich *Gesellschaft*; das Attribut des ‘Zivilen’ bleibt hier in seiner Bedeutung für die Erklärung sozialer Strukturen und Prozesse unklar.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Erklärungskraft des Zivilgesellschaftsansatzes für gesellschaftliche Strukturen und Prozesse im Vorderen Orient begrenzt ist. Dies liegt zum einen an der definitorischen Ambivalenz des Begriffs selbst, aber auch an normativ-teleologischen Grundannahmen, die den sozialwissenschaftlichen Blick auf die Region einschränken, da oftmals nur sehr spezifische Akteure (NRO), Diskurse (politische Liberalisierung, Reformen) und Hypothesen hinsichtlich des Ergebnisses von Wandlungsprozessen (Demokratisierung) untersucht werden. Dies bedeutet nicht, dass die Untersuchungen im Rahmen der Zivilgesellschaftsdebatte unsere Erkenntnisse über den Vorderen Orient nicht erweitert hätten. Erstaunlicherweise ist aber gerade derjenige sozialwissenschaftliche Untersuchungsgegenstand, der im Fokus einer jeden Debatte über Zivilgesellschaften stehen sollte, wenig untersucht worden: nämlich Strukturen, Prinzi-

prien und Rahmenbedingungen von originär autonomer gesellschaftlicher Formation.

4 Gesellschaftliche Partizipation in der arabischen Welt

Es gibt gesellschaftliche Partizipation in der arabischen Welt. Dies ist mehr als eine bloße Vermutung und muss immer wieder herausgestellt werden, zumal vor dem Hintergrund, dass sich ein Großteil der sozialwissenschaftlichen Forschung über den Orient bis in die 1990er Jahre hinein überwiegend auf die Analyse staatlicher Strukturen, politischer Eliten und autoritärer Regime konzentrierte. Im Rahmen der Zivilgesellschaftsdebatte ist es nicht gelungen, Defizite in der Forschung über die arabischen Gesellschaften zu beseitigen. Es gilt deshalb, alternative Konzepte oder Zugangsweisen auf ihren potenziellen Erkenntniswert für die Untersuchung gesellschaftlicher Partizipation und Organisation zu überprüfen. Hier ist zunächst eine kritische, von normativen Annahmen losgelöste Analyse von Institutionen notwendig, die allein nach formalen Kriterien als zivilgesellschaftliche Akteure gelten können. Erst dadurch wird eine funktionalistische Deutung der neu entstandenen Institutionen in der arabischen Welt und deren Rolle im soziopolitischen Gefüge möglich.

Zweitens sei im Folgenden auf zwei unterschiedliche Ansätze verwiesen, die für sich in Anspruch nehmen können, unsere Erkenntnisse über die sozialen Strukturen und die Formation gesellschaftlicher Interessen erweitert zu haben. Es sei zunächst auf einige wenige soziologische Arbeiten verwiesen, die nur sehr bedingt über einen theoretischen Hintergrund verfügen, jedoch aufgrund ihrer eindringlichen Beobachtung ungemein wertvolle empirische Erkenntnisse vermitteln. Darüber hinaus soll ein relativ neuer Forschungsstrang hervorgehoben werden, der seit wenigen Jahren islamistische Bewegungen im Zusammenhang der konzeptionellen Arbeiten über Sozialbewegungen untersucht. Diese Literatur besitzt keinen so umfassenden Untersuchungsbereich wie z. B. die erwähnten soziologischen Studien, da sie nur bestimmte Formen gesellschaftlicher Organisation (Islamisten als oppositionelle Sozialbewegung) behandelt. Besonders wertvoll wird sie allerdings durch den Anspruch einer regionenübergreifenden *Vergleichbarkeit* islamistischer Bewegungen, womit zum einen ein originär westliches Untersuchungskonzept seine Erklärungskraft für die arabische Welt nachweist und zum andern ein gerade heute stark normativ unterlegter Untersuchungsgegenstand entmythologisiert wird.

4.1 *Imitierte Institutionen: eine funktionalistische Sicht auf NRO*

In der Debatte der 1990er Jahre gelten NRO als Nukleus einer sich entwickelnden Zivilgesellschaft in der arabischen Welt. NRO sind der zentrale Gegenstandsbereich in nahezu allen Untersuchungen im Rahmen dieser Debatte. Damit wird v. a. der Tatsache Rechnung getragen, dass die 1990er Jahre als ein Jahrzehnt angesehen werden können, das einen umfassenden Institutionenbildungsprozess erfahren hat. In allen Ländern der Region haben sich oft mehrere tausend NRO formiert. Gleichzeitig wurden die legalen Rahmenbedingungen an diese Entwicklungen angepasst, indem – begleitet von einem umfangreichen Reformdiskurs in den Ländern – eine neue NRO-Gesetzgebung und Richtlinien zu deren Registrierung ausgearbeitet wurden. Die Konzentration der Zivilgesellschaftsdebatte auf die NRO ist nicht erstaunlich, schienen diese doch zunächst alle Kriterien zu erfüllen, um als zivilgesellschaftliche Akteure wahrgenommen werden zu können: Sie sind – formal – unabhängig von den autoritären Eliten, scheinen ein hohes Maß an gesellschaftlichem Organisationspotenzial widerzuspiegeln und stießen öffentliche Diskurse an, die sie nicht allein für die akademische Debatte, sondern auch für entwicklungspolitische Praktiker interessant machten (Stewart 1997). Die Agenda dieser Gruppen setzt sich zusammen aus politischen aber auch unpolitischen Themen. Es geht um die Wahrung der Menschenrechte und der Interessen von Minderheiten, um die Geschlechterproblematik, aber auch um Umweltschutz, soziale Belange, regionale Themen, Sport und Kultur. In einigen Arbeiten wurde darauf hingewiesen, dass gesellschaftliche Selbsthilfe und freiwillige, ehrenamtliche Arbeit für die Gemeinschaft (*mu'awana*) in der arabischen politischen Kultur tief verankert sei (vgl. Sullivan 2000: 12; Carapico 1998: 110), was die Herausbildung von modernen gesellschaftlichen Institutionen – und damit einer Zivilgesellschaft – befördere. Insbesondere aber aufgrund ihrer Organisationsstrukturen – d. h. ihrer formalen Ausprägung – gilt:

„NGOs in less developed countries are the closest approximation to a European or North American idea of voluntary sector or civil society organizations“ (Stewart 1997: 26).

Eine solche, rein strukturalistische Sichtweise auf arabische NRO führt jedoch zu einer realitätsfernen Bewertung dieser Organisationen als Teil oder sogar als Nukleus einer Zivilgesellschaft. Der überwiegende Teil der NRO in den arabischen Ländern erfüllt nicht einmal annähernd die Grundfunktionen, die für zivilgesellschaftliche Akteure geltend gemacht werden müssen. Erstens sind NRO nicht autonom von den autoritären Staaten:

„Virtually all participants in and observers of NGO activity in Egypt recognize that these organizations are far from being independent of the government and many in fact are creations of that government“ (Sullivan 2000: 12).

Carapico hat darauf hingewiesen, dass die meisten NRO eher als „GO-NGOs“ („Government-organized NGOs“) oder „DO-NGOs“ („Donor-organized NGOs“) zu fassen sind (Carapico 2000). Viele NRO sind von Vertretern der autoritären politischen Eliten ins Leben gerufen worden und ein Großteil existiert lediglich auf dem Papier und als ‚Briefkasten-NRO‘ mit dem Ziel, soziales Engagement vorzuspiegeln und staatliche Zuschüsse oder Entwicklungshilfegelder abzuschöpfen. Wie Quintan Wiktorowicz für den jordanischen Fall nachgewiesen hat, existieren umfangreiche formale und informelle Mechanismen staatlicher Kontrolle, die die Arbeit der NRO behindern, und der Kooptation, mittels derer die NRO-Vertreter an die politischen Eliten angebunden werden (Wiktorowicz 2000). Der direkten staatlichen Überwachung und Kontrolle dienen repressive Mechanismen, wie Geheimdienste, eine restriktive Gesetzgebung sowie die Kontrolle durch Ministerien und den bürokratischen Apparat, bei denen sich NRO registrieren müssen. Oftmals neu geschaffene Institutionen, wie z. B. das National Council for Human Rights in Ägypten, fungieren als rein kooptative Gremien. Es ist erstaunlich, dass diese ganz unterschiedlichen Mechanismen staatlicher Beschränkung in vielen Arbeiten aus der Zivilgesellschaftsdebatte durchaus eingehend thematisiert wurden, während die Implikationen, die diese Beobachtungen aus konzeptioneller Sicht haben, kaum aufgegriffen wurden.

Darüber hinaus repräsentieren die meisten NRO keine gesellschaftlichen Interessen, kein Gemeinwohl, sondern primär die partikularistischen Interessen ihrer Gründer und Vorsitzenden. Zivilgesellschaftlichen Organisationen ist aber gemein, dass

„(...) the aim is not for an individual to earn money or gain power but to contribute to the general good or the good of the group who have joined together“ (Jorgensen 1996: 37).

Für den Großteil der NRO trifft Letzteres nicht zu. Bei ihnen geht es – ähnlich wie innerhalb anderer, rein staatlicher Institutionen, wie der Regierungspartei oder dem bürokratischen Apparat – nicht primär darum, Politikinhalt zu formulieren und durchzusetzen, sondern um die möglichst nahe Anbindung an die engeren Zirkel der politischen Macht. In Zeiten von Diskursen über politische Liberalisierung und Reformen sind NRO geeignete Vehikel, um die politische Bühne zu betreten. Ihre Vertreter werden vom westlichen Ausland hofiert und finanziell unterstützt. Gerade diejenigen arabischen Herrscher, die sich einen modernen und liberalen Anstrich geben und damit ihre Legitimationsbasis im In- und Ausland erweitern wollen, setzen jedoch nicht allein auf die ‚klassischen‘ Säulen des

Staates (Militär, Bürokratie, Einheitspartei), sondern vermehrt auf diese neuen Organisationen. Bezeichnend ist, dass gerade Vertreter aus den Oberschichten und den oberen Mittelschichten in den arabischen Ländern zu den Initiatoren dieser Zivilgesellschaft gehören. NRO bieten die Chance für ehemals marginalisierte Individuen, Familien oder Gruppen, sich politisch neu zu positionieren. Ein „Aufbruch von unten“ (Hermann 2000) ist dies nicht.

NRO in der arabischen Welt sind imitierte Institutionen in der Hinsicht, dass sie Organisationen, wie sie in der westlichen Welt existieren, formal widerspiegeln, jedoch ganz unterschiedliche Funktionen innerhalb der politischen Systeme wahrnehmen. Statt einer Aggregation und Vertretung gesellschaftlicher Interessen dienen NRO als Institutionen der sozialen Kontrolle (Wiktorowicz 2000). Darüber hinaus trägt die Existenz dieser scheinbaren – imitierten – Zivilgesellschaft zur Legitimität der autoritären Regime im westlichen Ausland bei, die hohe Erwartungen an die arabischen Staaten im Hinblick auf mehr Demokratie und Pluralismus haben (vgl. Albrecht/Schlumberger 2004). Im Gegenzug können die liberalen autoritären Regime den Fortbestand von politischen Renten in Form von Entwicklungshilfen und politisch motivierten Zahlungen erwarten. Eine Zivilgesellschaft und ihre institutionelle Ausprägung, die de facto von den autoritären Regimen geschaffen wird, verdient jedoch diesen Namen nicht.

4.2 Eine Politische Soziologie in der empirischen Feldforschung

Es wird z. T. argumentiert, dass formale Institutionen, wie politische Parteien und NRO, im Vorderen Orient keine gesellschaftliche Basis besitzen, weil gesellschaftliche Formation und Organisation nicht interessengeleitet, sondern entlang primordialer sozialer Bindungen und Netzwerke verlaufen. Dies trifft nicht den Kern der Problematik. Gerade *weil* soziale Akteure in hohem Maße interessenorientiert handeln, verfügen diese Institutionen über keine breite soziale Basis. Im Kern vertreten NRO, Parteien und Berufsvereinigungen eben nicht – oder zumindest nicht ausreichend effizient – zentrale gesellschaftliche Interessen. Entscheidend für die gesellschaftliche Interessenaggregation ist der Fokus auf ökonomische Ressourcen: Es geht um Jobs, um soziale Leistungen, um den Zugang zu Bildung und zu sozialen und medizinischen Einrichtungen. Es ist wichtig, dass Leistungen aus den notorisch korrupten bürokratischen Apparaten möglichst effizient abgerufen werden können. Die Menschen in ländlichen Gebieten kämpfen für den Aufbau von Infrastruktur und den Zugang zur oder die Kontrolle über die Ressource Wasser – aber weit weniger um die Gleichstellung von Mann und Frau, politische Partizipationsmöglichkeiten durch Wahlen, den Umweltschutz oder den Schutz politisch verfolgter Gruppen oder Individuen.

NRO, Parteien und Lobby-Vereinigungen im Vorderen Orient bilden die institutionalisierte Ausprägung 'ziviler' Eliten, haben jedoch für die gesamtgesellschaftliche Interessenformation nur wenig Relevanz. Damit hat sich das Konzept der Zivilgesellschaft und seine empirische Anwendung als unfähig erwiesen, soziale Probleme, Organisationsstrukturen und Interessen zu identifizieren. Tatsächlich haben dies einige wenige soziologische Untersuchungen versucht. Zum einen sind hier Arbeiten zu benennen, die verschiedene kulturalistische Konzepte zur Erklärung gesellschaftlicher Organisation angewandt haben. Im Zentrum dieser Untersuchungen steht fast ausschließlich der Hinweis, dass gesellschaftliche Interaktion durch personalisierte Beziehungsmuster, patriarchale und klientelistische Abhängigkeiten und familiäre oder tribale Bindungen gekennzeichnet ist. Hisham Sharabi prägte den Begriff „neopatriarchy“ für die Beschreibung der modernen Patronagestrukturen innerhalb arabischer Gesellschaften (Sharabi 1988). Robert Cunningham und Yasin Sarayrah verwendeten den Begriff *wasta* (arab.: Vermittlung, Vermittler) zur Beschreibung eines originär arabischen Klientelismus (Cunningham/Sarayrah 1993).

Wasta – im Deutschen 'Vitamin B' – weist die gesellschaftlichen Beziehungsmuster als in hohem Maße personalisiert aus. Persönliche, verwandtschaftliche oder – in noch eher traditionellen Gesellschaften – tribale Bindungen sind entscheidend bei Behördengängen jeglicher Art, der Vermittlung von Arbeitsplätzen (im Staats- und Privatsektor), der Erteilung von Lizenzen, der Zuweisung von sozialen und medizinischen Leistungen etc. Und damit erhalten informelle Netzwerke, die auf eben diesen primordialen Bindungen aufbauen, eine überragende Bedeutung für die Formulierung, Übermittlung und Durchsetzung der Interessen einzelner Gesellschaftsmitglieder: Wer eine Arbeitsstelle im bürokratischen Apparat anstrebt, der nimmt Verbindung zu einem Bekannten und Verwandten innerhalb der Bürokratie auf und hofft nicht auf offizielle Stellenausschreibungen; Unternehmer, die Probleme beim Im- oder Export von Waren haben, finden *wasta* direkt in den entsprechenden Ministerien; und wer Probleme mit der Polizei bekommt, der sucht nicht eine NRO zur Wahrung seiner Interessen auf, sondern wendet sich an eigene Verwandte oder Bekannte innerhalb der Sicherheitsapparate und Anwaltschaft.

Es gibt also in den autoritären Staaten des Vorderen Orient Formen gesellschaftlicher Interessenvermittlung und Partizipation und einen öffentlichen Raum, in dem dies stattfindet. Doch dieser öffentliche Raum

„(...) is not conventionally a space for collective political action and is only rarely a space for a discourse that addresses common concerns“ (Ayubi 1995: 440).

Diane Singerman gebührt das Verdienst, die gesellschaftlichen „Avenues of Participation“ als informelle Netzwerke äußerst anschaulich identifiziert zu haben:

„Networks are the political lifeline of the community, allowing individuals and groups to cooperate with other members of the community to achieve individual and collective goals. (...) Networks are a concrete manifestation of extrasystemic political participation not controlled by formal political institutions or the political elite“ (Singerman 1995: 133).

Netzwerke bestehen aus familiären oder tribalen Verbindungen oder entstehen in urbanen Nachbarschaften; sie werden durch Heiraten erweitert, sind autonom von staatlicher Beeinflussung und informeller Natur, obwohl z. T. erhebliche organisatorische Leistungen erbracht werden. In diese Netzwerke sind Verwandte und Bekannte, Repräsentanten des privaten Unternehmertums, Vertreter des bürokratischen Apparates, Anwälte, Parlamentsabgeordnete und eben auch bis zu einem gewissen Grad Individuen integriert, die nach formalen Kriterien der Zivilgesellschaft angehören, also Vertreter von Berufsvereinigungen oder NRO sind. Entscheidend für die Analyse gesellschaftlicher Strukturen sind jedoch eben diese informellen Netzwerke, deren Aufbau und Beschaffenheit sowie die Rolle, die einzelne Mitglieder einnehmen, aber nicht die rein formale Ausprägung einzelner Institutionen, wie NRO, Berufsverbände etc.

4.3 *Islamismus als Sozialbewegung*

Neben dieser oben beschriebenen, rein soziologischen Sichtweise auf gesellschaftliche Strukturen und Prozesse im Vorderen Orient widmen sich seit wenigen Jahren einige, überwiegend US-amerikanische Politikwissenschaftler dem Phänomen islamistischer Gruppierungen und Bewegungen aus einer Perspektive, welche die allgemeine Literatur über Sozialbewegungen zu Rate zieht (Tarrow 1998; McAdam/McCarthy/Zald 1996; McAdam/Tarrow/Tilly 2001). Dieser Ansatz eröffnet deshalb neue Perspektiven auf islamistische Bewegungen in der arabischen Welt, da er normative Konnotationen und moralische Wertungen der Handlungsweisen von Islamisten ausschließt und sich auf deren Organisationspotenziale und -formen, die Rahmenbedingungen ihrer Entstehungsgeschichte und ihre Rolle in den unterschiedlichen politischen Systemen konzentriert. Im Gegensatz dazu erarbeitete der Mainstream über islamistische Gruppierungen überwiegend deskriptive Analysen von Zielen, ideologischen Grundlagen, Strukturen und des historischen Werdegangs dieser Gruppen. Der Ansatz der Theorie der sozialen Bewegungen („social movement theory“) vermittelt jedoch Erkenntnisse darüber,

„(...) that the *dynamic, process, and organization* of Islamic activism can be understood as important elements of contention that transcend the specificity of ‘Islam’ as a system of meaning, identity, and basis of collective action“ (Wiktorowicz 2004: 3).

Der Ansatz begreift islamistische Bewegungen als rationale Akteure, die bestimmte Ziele identifizieren, die sich nicht allein durch eine Diskursanalyse ihrer ideologischen Ausrichtung ermessen lassen, und die ihre Handlungsstrategien entlang von Möglichkeiten aber auch Einschränkungen wahrnehmen und ausrichten.

Im Zentrum dieser Untersuchungen steht die Rolle islamistischer Bewegungen als autonome gesellschaftliche Kraft, die über einen breiten Rückhalt innerhalb der Bevölkerung verfügt und damit als oppositionelles soziales Gegenmodell zu den autoritären Eliten wahrgenommen werden muss. Häufig untersuchte Aspekte beinhalten die Frage, worin gerade bei der Verwendung religiöser Symbole im arabischen Raum die mobilisierende Kraft dieser Bewegungen liegt, sowie die Rolle der Islamisten als politische Kraft (Opposition), aber auch ihre Rolle als gesellschaftliche Bewegung, die bestimmte soziale Aufgaben wahrnimmt, v. a. in den Bereichen, aus denen sich der Staat zurückgezogen hat. Das Konzept über Sozialbewegungen ist deshalb besonders hilfreich für solche Untersuchungen, weil Strategien der Mobilisierung und der politischen Auseinandersetzung durchaus mit Sozialbewegungen in völlig unterschiedlichen kulturellen und politischen Rahmenbedingungen vergleichbar gemacht werden können; „in other words, Islamic activism is not *sui generis*“ (Wiktorowicz 2004: 3).

Wiktorowicz gehört zu den ersten, die das allgemeine Konzept über Sozialbewegungen auf den Vorderen Orient angewandt haben (Wiktorowicz 2001). Dabei untersuchte er die jordanische Muslimbruderschaft und die Rahmenbedingungen, unter denen sie in das politische System Jordaniens integriert und kontrolliert ist. Die ägyptischen Muslimbrüder sind der Gegenstandsbereich bei Carrie Wickham (Wickham 2002). Sie beschreibt die sozioökonomischen Rahmenbedingungen, die konstitutiv für den Erfolg der ägyptischen Muslimbrüder in Ägypten waren, die Krise des Parteiensystems sowie die Strategien, die für die Mobilisierung einer breiten gesellschaftlichen Basis für die Bewegung angewandt wurden. Singerman untersucht, wie islamistische Bewegungen kollektive Identitäten kultivieren und gesellschaftliche Netzwerke für ihre Zwecke nutzbar machen konnten (Singerman 2004). Salwa Ismail beschreibt die 'Übernahme' einiger Stadtviertel in Kairo durch radikale islamistische Gruppen (Ismail 2000).

Es ist das Verdienst dieser Arbeiten, dass sie normativ geleiteten Fragen an den politischen Islam entgegen wirken. Entscheidend sind nicht die ideologischen Feinheiten der religiösen Legitimierung oder die rein hypothetische Frage, ob islamistische Gruppen demokratiekompatibel sind oder nicht. Die oben beschriebene Debatte löste sich von der 'Kampf-der-Kulturen-Literatur', die sich v. a. auf die *Diskurse* konzentrierte, die die islamistischen Bewegungen produzieren. Stattdessen vermittelt diese Herangehensweise Einblicke bezüglich der Formen gesellschaftlicher Organisation und des politischen Aktivismus außerhalb und unabhängig von den herrschenden politischen Eliten, die darauf entweder repres-

siv (Ägypten, Algerien, Tunesien) oder durch versuchte Einbindung (Jordanien, Marokko) reagieren.

5 Über 'zivile' und 'unzivile' Gesellschaften

In vielen Untersuchungen über die Zivilgesellschaft, seien sie konzeptioneller oder empirischer Art, wurde zwar nicht die philosophische Idee, aber um so mehr das analytische Konzept der Zivilgesellschaft ad absurdum geführt. Sozialwissenschaftler wählen heute aus einer Fülle ganz unterschiedlicher Zivilgesellschaftsbegriffe, was eine Verwendung des Konzepts für die Vergleichende Politikwissenschaft stark diskreditiert. Oder aber sie ziehen sich auf eine weit gefasste Minimaldefinition zurück, bei der jedoch das konstitutive Merkmal dessen, was an einer Gesellschaft zivil sein soll, bis zur Unkenntlichkeit verblasst. So klingt Gordon Whites (1994) Unterscheidung zwischen Gesellschaft und Zivilgesellschaft auch nicht sehr überzeugend: Wenn er sagt, dass „civil society derives much of its specific political character from the deeper socio-economic structure and the distribution of interests, social norms and power resources which society embodies“, so spricht er im Grunde von einer politischen Gesellschaft, also gerade jener Sphäre, von der Zivilgesellschaft zu trennen ist. Wie schon oben angedeutet, sind diese konzeptionellen Fallstricke in Verbindung mit normativen und teleologischen Grundannahmen der Zivilgesellschaftsdebatte in der zeitgenössischen Orientforschung zum Verhängnis geworden.

Was also macht eine Gesellschaft zivil? Wann ist eine Gesellschaft zivil? Und welche Wirkungsweisen entfalten zivile Gesellschaften? Folgt man Keith Tester, so heißt es:

„To talk about *civil* society is (...) to suggest a division between a state of civilization and a state of nature“ (Tester 1992: 9).

Sind also unzivile Gesellschaften unzivilisiert? Im Mainstream der internationalen Zivilgesellschaftsdebatte ist das klassenanalytische Diktum von der bürgerlichen Gesellschaft längst von normativen und positivistischen Konnotationen überlagert. Der Begriff der Zivilgesellschaft – und hier das Adjektiv zivil – impliziert nun einmal, dass es unterschiedliche gesellschaftliche Organisationsformen gibt: zivile, womöglich dann auch unzivile, jedenfalls primordiale und traditionelle sowie vielleicht auch postmoderne Gesellschaften. Diese Diskussion nimmt z. T. recht abstruse Formen an, z. B. wenn von einer unzivilen Zivilgesellschaft

gesprochen wird.² In der modernen Orientforschung, die sich noch längst nicht vom Vorwurf des westlichen Orientalismus emanzipiert sieht, gibt es offenbar ein tiefes Bedürfnis, für soziale Rahmenbedingungen in der arabischen Welt zivilgesellschaftliche Strukturen – oder zumindest deren Ansätze – nachzuweisen; und dies unabhängig von der Frage, ob die Verwendung des Konzepts für einzelne Forschungsfragen sinnvoll erscheint oder nicht.

Dies bedeutet nicht, dass die Zivilgesellschaftsdebatte keine wertvollen sozialwissenschaftlichen Ergebnisse erbracht hätte. Das Gegenteil ist der Fall. Tatsächlich generierte die Debatte eine neue Welle an empirischen Untersuchungen, v. a. Einzelfall- und Länderstudien. Hier wurden überwiegend wertvolle Erkenntnisse über aktuelle Institutionenbildungsprozesse (NRO, elitäre Interessen- und Lobbygruppen etc.) gewonnen, jedoch nicht über deren Funktionsweise. Drittens – und darin liegt eine gewisse Ironie – ist es innerhalb der Zivilgesellschaftsdebatte gelungen, moderne autoritäre Mechanismen sozialer Kontrolle in Form von blanker Unterdrückung, Repression, aber auch Kooptation und Vereinnahmung anschaulich zu machen, während das eigentliche Erkenntnisinteresse des Zivilgesellschaftsansatzes – nämlich Formen gesellschaftlicher Partizipation – kaum Anwendung fand. Was die Zivilgesellschaftsdebatte nicht leistete (und wohl auch nicht leisten kann), ist die Klärung der Frage, ob es in der arabischen Welt Zivilgesellschaften gibt. Zudem wurden keine fundierten Hinweise für die Möglichkeit oder Wahrscheinlichkeit von Transformationsprozessen geliefert. Dies gilt sowohl für systemische als auch für subsystemische Wandlungsprozesse: Erstere gibt es nicht, während für Letztere die notwendigen Forschungsfragen kaum geeignet erscheinen.

Das wohl größte Defizit der Zivilgesellschaftsdebatte ist, dass sie keine fundierten Analysen über Formen gesellschaftlicher Organisation im Vorderen Orient generierte. Der Mainstream der Zivilgesellschaftsdebatte zeichnet sich dadurch aus, dass sowohl heiße Eisen (islamistische Sozialbewegungen) als auch die tatsächlich wahrnehmbaren Kanäle sozialer Organisation (informelle Mechanismen) kaum Berücksichtigung fanden. Hier wird überaus deutlich, dass normative Grundannahmen bestimmte Ausschlusskriterien für den Forschungsgegenstand implizieren (gehören islamistische Bewegungen zur Zivilgesellschaft?). Aber auch analytische Engstirnigkeit („parochialism“, vgl. Sartori 1991), z. B. bei der Konzentration auf formale Institutionen von Zivilgesellschaften, ließ brennende sozialwissenschaftliche Fragen ins Leere stoßen.

Das Konzept der Zivilgesellschaft birgt den analytischen Anspruch, Erkenntnisse in drei sozialwissenschaftlichen Bereichen zu generieren: über spezifische Formen und Ausprägungen sozialer Organisation, das Verhältnis von Staat

² So heißt es z. B. bei Croissant, Lauth und Merkel, dass „sich die Zivilgesellschaft (...) auf einem schmalen Grat zwischen ziviler und unziviler Variante“ bewegen kann (Croissant/Lauth/Merkel 2000: 26).

und Gesellschaft sowie über demokratische Transformationsprozesse. Diesem Anspruch sind die meisten Arbeiten aus dem Umfeld der Zivilgesellschaftsdebatte über den Vorderen Orient nicht gerecht geworden. Stattdessen wurden rein imaginäre Prozesse wahrgenommen (Demokratisierung), die zu der empirischen Realität (Stabilität autoritärer Systeme) in fundamentalem Widerspruch stehen.

Literatur

- Abdel Rahman, Maha (2002): The Politics of 'unCivil' Society in Egypt. In: Review of African Political Economy, 29 (91): 21-36
- Albrecht, Holger und Oliver Schlumberger (2004): 'Waiting for Godot': Regime Change Without Democratization in the Middle East. In: International Political Science Review, 25 (4): 371-392
- Al-Sayyid, Mustapha K. (1995): The Concept of Civil Society and the Arab World. In: Brynen, Rex, Bahgat Korany und Paul Noble (Hrsg.) (1995): Political Liberalization and Democratization in the Arab World. Vol. I: Theoretical Perspectives. Boulder: Lynne Rienner :131-147
- Ayubi, Nazih (1995): Over-Stating the Arab State. Politics and Society in the Middle East. London/New York: I. B. Tauris
- Carapico, Sheila (2000): NGOs, INGOs, GO-NGOs and DO-NGOs. Making Sense of Non-Governmental Organizations. In: Middle East Report, 30 (1): 12-15
- Carapico, Sheila (1998): Civil Society in Yemen. The Political Economy of Activism in Modern Arabia. Cambridge: Cambridge University Press
- Chandhoke, Neera (2001): The 'Civil' and the 'Political' in Civil Society. In: Democratization, 8 (2): 1-24
- Cohen, Jean L. und Andrew Arato (1992): Civil Society and Political Theory. Cambridge, Massachusetts: MIT Press
- Croissant, Aurel, Hans-Joachim Lauth und Wolfgang Merkel (2000): Zivilgesellschaft und Transformation: ein internationaler Vergleich. In: Merkel (Hrsg.), a. a. O.: 9-49
- Cunningham, Robert und Yasin Sarayrah (1993): Wasta. The Hidden Force in Middle Eastern Society. Westport: Praeger
- Dieterich, Renate (1999): Transformation oder Stagnation? Die jordanische Demokratisierungspolitik seit 1989. Hamburg: Deutsches Orient-Institut
- Edwards, Bob und Michael Foley (1998.): Civil Society and Social Capital Beyond Putnam. In: American Behavioral Scientist, 42 (1): 124-139
- Ehteshami, Anoushiravan (2004): Islam, Muslim Politics and Democracy. In: Democratization, 11 (4): 90-110
- Glosemeyer, Iris (1995): Liberalisierung und Demokratisierung in der Republik Jemen, 1990-1994. Einführung und Dokumente. Hamburg: Deutsches Orient-Institut
- Hegasy, Sonja (1997): Staat, Öffentlichkeit und Zivilgesellschaft in Marokko. Die Potenziale der sozio-kulturellen Opposition. Hamburg: Deutsches Orient-Institut
- Hermann, Katja (2000): Aufbruch von unten. Möglichkeiten und Grenzen von NGOs in Jordanien. Münster/Hamburg: LIT Verlag

- Ibrahim, Ferhad (Hrsg.) (1995): Staat und Zivilgesellschaft in Ägypten. Münster/Hamburg: LIT Verlag
- Ibrahim, Saad Eddin (1995): Civil Society and Prospects of Democratization in the Arab World. In: Norton (Hrsg.) (1995a), a. a. O.: 27-54
- Ismael, Tareq (2001): Middle East Politics Today. Government and Civil Society. Gainesville u. a.: University Press of Florida
- Ismail, Salwa (2000): The Popular Movement Dimensions of Contemporary Militant Islamists: Socio-Spatial Determinants in the Cairo Urban Setting. In: Comparative Studies in Society and History, 42 (2): 363-393
- Jorgensen, Lars (1996): What are NGOs Doing in Civil Society? In: Clayton, Andrew (Hrsg.) (1996): NGOs, Civil Society and the State: Building Democracy in Transitional Societies. Oxford: INTRAC: 36-54
- Krämer, Gudrun (1992): Staat und Zivilgesellschaft im Nahen und Mittleren Osten. Das Beispiel Ägyptens. In: Gormsen, Erdmann und Andreas Timm (Hrsg.) (1992): Zivilgesellschaft und Staat in der Dritten Welt. Mainz: Universität Mainz: 115-137
- Linz, Juan und Alfred Stepan (1996): Problems of Democratic Transition and Consolidation. Part I: Theoretical Overview. Baltimore/London: The Johns Hopkins University Press
- McAdam, Doug, John D. McCarthy und Mayer N. Zald (Hrsg.) (1996): Comparative Perspectives on Social Movements. Political Opportunities, Mobilizing Structures, and Cultural Framings. Cambridge: Cambridge University Press
- McAdam, Doug, Sidney Tarrow und Charles Tilly (2001): Dynamics of Contention. Cambridge: Cambridge University Press
- Mundy, Martha (1995): Domestic Government. Kinship, Community and Polity in North Yemen. London/New York: I. B. Tauris
- Norton, Augustus R. (Hrsg.) (1995a): Civil Society in the Middle East. Vol. I. Leiden: Brill
- Norton, Augustus R. (1995b): Introduction. In: ders. (Hrsg.), a. a. O.: 1-25
- Norton, Augustus R. (1993): The Future of Civil Society in the Middle East. In: The Middle East Journal, 35 (2): 191-208
- O'Donnell, Guillermo und Philippe Schmitter (1986): Transitions from Authoritarian Rule. Tentative Conclusions about Uncertain Democracies. Baltimore/London: The Johns Hopkins University Press
- Post, Robert und Nancy Rosenblum (2002): Introduction. In: dies. (Hrsg.): Civil Society and Government. Princeton: Princeton University Press: 1-25
- Sartori, Giovanni (1991): Comparing and Miscomparing. In: Journal of Theoretical Politics, 3 (3): 243-257
- Schlumberger, Oliver (2000): The Arab Middle East and the Question of Democratization: Some Critical Remarks. In: Democratization, 7 (4): 104-132
- Sharabi, Hisham (1988): Neopatriarchy. A Theory of Distorted Change in Arab Society. New York: Oxford University Press
- Singerman, Diane (2004): The Networked World of Islamist Social Movements. In: Wiktorowicz (Hrsg.), a. a. O.: 143-163
- Singerman, Diane (1995): Avenues of Participation. Family, Politics and Networks in Urban Quarters of Cairo. Princeton: Princeton University Press

- Stewart, Sheelagh (1997): Happy Ever After in the Marketplace: Non-government Organisations and Uncivil Society. In: Review of African Political Economy, 71: 11-34
- Sullivan, Dennis (2000): NGO's and Development in the Arab World: The Critical Importance of a Strong Partnership between Government and Civil Society. In: Civil Society, 9 (102): 11-16
- Sullivan, Denis und Sana Abed-Kotob (1999): Islam in Contemporary Egypt. Civil Society vs. the State. Boulder/London: Lynne Rienner
- Tarrow, Sidney (1998): Power in Movement. Social Movements and Contentious Politics. Cambridge: Cambridge University Press
- Tester, Keith (1992): Civil Society. London/New York: Routledge
- Walzer, Michael (Hrsg.) (1995): The Concept of Civil Society. In: ders. (Hrsg.): Toward a Global Civil Society. Oxford: Berghahn: 7-27
- White, Gordon (1994): Civil Society, Democratization and Development (1): Clearing the Analytical Ground. In: Democratization, 1 (3): 375-390
- Wickham, Carrie R. (2002): Mobilizing Islam. Religion, Activism, and Political Change in Egypt. New York: Columbia University Press
- Wiktorowicz, Quintan (Hrsg.) (2004a): Islamic Activism. A Social Movement Theory Approach. Bloomington: Indiana University Press
- Wiktorowicz, Quintan (2004b): Introduction: Islamic Activism and Social Movement Theory. In: ders. (Hrsg.), a. a. O.: 1-33
- Wiktorowicz, Quintan (2001): The Management of Islamic Activism: Salafis, the Muslim Brotherhood, and State Power in Jordan. Albany: State University of New York Press
- Wiktorowicz, Quintan (2000): Civil Society as Social Control. State Power in Jordan. In: Comparative Politics, 33 (1): 43-61
- Zaki, Moheb (1995): Civil Society & Democratization in Egypt: 1981-1994. Kairo: Konrad-Adenauer-Stiftung